

Rezension

DOI 10.1515/zfal-2015-0006

Diekmannshenke, Hajo & Thomas Niehr (Hrsg.). 2013. *Öffentliche Wörter. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Stuttgart: ibidem-Verlag (Perspektiven Germanistischer Linguistik, Band 9). 163 S., 29,90 €, ISBN 978-3-8382-0466-6

Obwohl die Lexikologie sich als eigenständige linguistische Teildisziplin erst relativ spät etablierte, gehören Wörter und deren Beschreibung seit geraumer Zeit zum Gegenstand sprachwissenschaftlicher Untersuchungen. In dem vorliegenden Band, dessen Beiträge im Rahmen des Kongresses der GAL mit dem Titel *Wörter – Wissen – Wörterbücher* in der Sektion „Wörter (und Wörterbücher) in der Politik“ präsentiert wurden, stehen die *öffentlichen Wörter* im Fokus der Betrachtung. Wörter werden nur dann öffentlich, wenn sie in irgendeiner Weise etwas Besonderes sind, indem sie – in heutiger Zeit vor allem medienvermittelt – intensiv und kritisch diskutiert werden. Bezeichnungen wie *Schlagwörter* (Niehr 1993), *Leitvokabeln* (Böke/Liedtke/Wengeler 1996), *Brisante Wörter* (Strauß/Haß/Harras 1989), *Kontroverse Begriffe* (Stötzel/Wengeler 1995) oder *Schlüsselwörter* (Liebert 2003) spiegeln diesen Stellenwert wider. Ihr politisch-gesellschaftlicher Status resultiert vor allem daraus, dass es mit ihrer Verwendung möglich ist, die Komplexität des öffentlichen Lebens einschließlich seiner vielfältigen Domänen gleichsam auf den Punkt zu bringen und somit begreifbar und kommunizierbar zu machen. Auf der anderen Seite eröffnen „Öffentliche Wörter“ ganze Wortfelder bzw. Wissensrahmen, wecken Assoziationen – und sie dominieren die in ihrem historischen Kontext gesellschaftlich bedeutenden Auseinandersetzungen. Vor diesem Hintergrund ist offensichtlich, dass nicht die einzelnen Wörter oder Wortverbindungen die öffentliche Aufmerksamkeit erlangen, sondern ihr Gebrauch in politisch-medialen Diskursen, in denen sie jeweils eine (gruppen-)spezifische Bedeutung und Funktion aufweisen. Diese Diskurse sind es auch, die in der jüngeren Politolinguistik zunehmend größere Beachtung fanden und finden. Ganz in diesem Sinne wollen die Beiträge des hier besprochenen Bandes „einerseits das Interesse an Wort(schatz)untersuchungen erneuern, andererseits den Bogen von Wörtern zu Diskursen spannen“ (S. 7 f.).

Dass Linguistinnen und Linguisten sich mit Wörtern beschäftigen, bedarf keiner weiteren Erklärung. Interessanter scheint die Frage, ob und wie Wörter

und Wortgebrauch in und von der Öffentlichkeit wahrgenommen und beurteilt werden. Welche Merkmale müssen Wörter in welchen Zusammenhängen aufweisen, um in der Gesellschaft zum Gegenstand öffentlichen Interesses zu avancieren? Und: Was kann die Sprachwissenschaft dazu beitragen, die Reflexion über Wörter und ihren Gebrauch in der Bevölkerung anzuregen und zu begleiten? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die ersten beiden Artikel des Bandes. In seinem Beitrag *Unwörter. Eine medienwirksame Kategorie zwischen linguistisch begründeter und populärer Sprachkritik* vermittelt Martin Wengeler als Insider – er ist ab der Wahl zum Unwort 2006 Mitglied der Jury – einen Einblick in das Procedere zu der nicht nur in Fachkreisen nicht immer unumstrittenen Wahl zum „Unwort des Jahres“. Vor dem Hintergrund ebensolcher Kritik seitens der Öffentlichkeit und/oder der Sprachwissenschaft beschreibt er den Spagat zwischen einer sprachwissenschaftlichen Ansprüchen genügenden und einer populären Sprachkritik, welchen die Jury am Ende jedes Jahres zu bewerkstelligen hat. Selbstkritisch reflektierend räumt er dabei auf der einen Seite die notwendige Berücksichtigung der massenmedialen Logik ein. Ohne die Verbreitung durch und die Diskussion in den Medien und die damit erzeugte Öffentlichkeitswirkung würde die Aktion jedoch ihr essenzielles Ziel verfehlen, das nach den Worten des Unwort-Initiators Horst Dieter Schlosser darin besteht, „dass wenigstens einmal im Jahr öffentlich über den aktuellen Sprachgebrauch nachgedacht wird“ (Schlosser 2007: 28). Auf der anderen Seite zeigt Wengeler m. E. aber auch sehr überzeugend, dass die Jury im zweifellos schwierigen Prozess der Entscheidungsfindung keineswegs beliebig agiert. Vielmehr basiert sowohl die Auswahl der Unwort-Kandidaten als auch die Begründung der Entscheidung einerseits auf ethisch-moralischen und gesellschaftlichen Kriterien, für deren sprachlich-kommunikative Verletzung die Öffentlichkeit ja sensibilisiert werden soll. Andererseits – und das illustriert Wengeler am Beispiel der Unwort-Wahl 2011 – sind die Wahlen auch fachlich begründbar, „insofern mit linguistischen, semantisch-pragmatischen, auf einer Gebrauchstheorie der Bedeutung basierenden Mitteln die entsprechenden Implikationen der Verwendung der gerügten Wörter herausgearbeitet werden“ (S. 19). Der folgende Beitrag von Kornelia Pollmann *Von aufmüpfig über Wutbürger zum Stresstest. Eine kritische Betrachtung des populären Rankings der Wörter des Jahres* beschäftigt sich mit der anderen populären Wort-Wahl in Deutschland, der Wahl zum „Wort des Jahres“. Diese Gegenüberstellung der zwei Wahlen ist ein gelungener Schachzug der Organisatoren/Herausgeber insofern, als Leserinnen und Leser hier direkt die Vorgehensweise, die Auswahlkriterien und auch die Ziele der beiden Aktionen vergleichen können. So werden die Vorschläge zur Wahl des Wortes des Jahres nicht von allen Teilen der Bevölkerung, sondern nur von Mitgliedern der *Gesellschaft für deutsche Sprache* (GfdS) eingereicht. Ebenso

werden hier andere, hauptsächlich auf einem Nachrichtenfaktoren-Katalog basierende, Kriterien zugrunde gelegt (S. 36 ff.), deren Berücksichtigung auch in diesem Beitrag an Beispielen illustriert wird. Zum Abschluss ihres Beitrags gibt die Verfasserin einen Einblick in die Arbeit der GfdS abseits der Wort-Wahl und betont ihre Rolle „als Mittlerin zwischen wissenschaftlicher Sprachberatung und Sprachgebrauch“ (S. 34).

Den zweiten Themenbereich zum Wortgebrauch in spezifischen öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Diskursbereichen eröffnet Georg Weidacher. Er präsentiert in seinem Artikel *Zur Verwendung des komplexen Lexems Unschuldsvermutung im politischen Diskurs Österreichs* nicht nur einen Einblick in öffentliche Diskussionen in Österreich, sondern er zeigt auf sehr instruktive Weise, wie Wort- und Diskursforschung aufeinander beziehbar sind. Am Beispiel der in Österreich 2010 zum „Un-Spruch des Jahres“ gewählten Formulierung *Es gilt die Unschuldsvermutung* zeichnet er den domänenabhängigen Wandel der Bedeutung des Lexems/der Phrase nach. Die ursprünglich aus der juristischen Fachsprache per definitionem in der Strafprozessordnung zugewiesene Bedeutung von *Unschuldsvermutung*, nämlich dass jede Person bis zu ihrer rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig anzusehen ist, wird durch die vermehrte Verwendung im politisch-medialen Diskurs Österreichs zunehmend überlagert. Dort wird das Lexem meist im Zusammenhang mit korrupten PolitikerInnen gebraucht, wobei die juristische Bedeutung mit einer alltagssprachlichen Interpretation, die eher auf die moralische Unschuld abhebt, offensichtlich kollidiert. Mehr noch, das „Lexem bzw. die idiomatisch geprägten Phrasen, in denen es vorkommt, [werden] in ihrer kommunikativen Wirkung (...) geradezu ins Gegenteil verkehrt“ (S. 59), gerade weil es häufig im Zusammenhang mit Korruption und politischen Skandalen verwendet wird, deren Verursacher als (moralisch) Schuldige für die LeserInnen bereits feststehen. In dieser Bedeutung eröffnet *Unschuldsvermutung* nicht nur den Frame „politische oder politiknahe Korruption“, sondern kann – auch in morphologisch abgewandelten Versionen – zur „stigmatisierenden Kategorisierung von Personen und Personengruppen, aber auch zur praktisch auf ein Wort konzentrierten indirekten Beschreibung der österreichischen Innenpolitik verwendet werden“ (S. 68). Auch Bettina Bock schlägt mit ihrem Beitrag *Verschwundene Wörter? Begriffe des DDR-Sozialismus und des Geheimwortschatzes der Staatssicherheit nach 1989/90* die Brücke zum Diskurs, genauer gesagt zu zwei Diskursen. Der eine ist mit „Kommunikationsraum MfS“ umrissen. Es handelt sich dabei um den Diskurs innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der eine Reihe von charakteristischen diskursiven Regeln aufweist, die die Verfasserin skizziert. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, inwieweit der dort habitualisierte Wort- und Sprachgebrauch im öffentlichen Diskurs nach der sogenannten

Wende – dem zweiten Diskurs – noch eine Rolle spielt, d.h. ob und wie die Beteiligten zum einen den geheimen, zum anderen aber auch den DDR-offiziellen Wortschatz vermeiden, benutzen oder umschreiben. Zu diesem Zweck analysiert Bock Interviewbeiträge von hochrangigen Ex-Stasioffizieren, die sich zu ihrer Tätigkeit beim MfS vor und während der friedlichen Revolution äußerten. Auf diese Weise kann sie zeigen, dass Wörter aus dem offiziellen Sprachgebrauch der DDR verwendet werden, und zwar in genau der Bedeutung, die damals seitens der SED vorgeschrieben wurde. Aber auch Wörter des ehemaligen MfS-Fachwortschatzes werden – wahrscheinlich erfragt – thematisiert (*Zersetzung, Hass*), wobei die Sprecher sich auf die (Stasi-)fachsprachlichen Definitionen berufen oder auf anderweitige (teilweise überraschende) Argumentationsmuster zurückgreifen, vor allem, um ihr eigenes Handeln im Nachhinein zu legitimieren. Den fließenden Übergang zum abschließenden Themenblock, der sich mit (multimedialen) Diskursen im Internet beschäftigt, bereitet Jana Reissen-Kosch mit dem Titel *Wörter und Werte – Wie die rechtsextreme Szene im Netz um Zustimmung wirbt*. Ausgehend von der gruppen- und ideologiestiftenden Funktion politischen Wortschatzes untersucht sie „Selbstdarstellungstexte“ rechtsextremer Websites daraufhin, mit welchen lexikalischen Mitteln welche Werte und, damit zusammenhängend, welche Zielgruppen angesprochen werden. Für ihre Analyse benutzt sie das für die Markt- und Meinungsforschung entwickelte Semiotrie-Modell, dessen Grundidee darin besteht, „dass das Wertesystem einer Kulturgemeinschaft mittels eines semantischen Bedeutungsraums erfasst und anhand mathematisch-statistischer Methoden beschrieben werden kann“ (S. 98). So kann die Autorin zeigen, dass die MacherInnen der Sites bevorzugt Ausdrücke benutzen, die an dominante, traditionsverbundene und kämpferische Wertewelten andocken und die zudem Parallelen zum Sprachgebrauch des Nationalsozialismus aufweisen. Hiermit werden im Sinne einer zielgruppengenauen Ansprache bereits Prädisponierte in ihren Ansätzen gefestigt. Die Analyse zeigt aber gleichzeitig, dass mittels gezielter (?) Wortwahl versucht wird, andere Wertefelder zu besetzen, um auch Unentschlossene zu überzeugen. Michael Klemm und Sascha Michel fokussieren in ihrem Beitrag *Der Bürger hat das Wort. Politiker im Spiegel von Userkommentaren in Twitter und Facebook* die Nutzung der genannten Social-Media-Plattformen für den politischen Austausch zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen. Dabei geht es ihnen vor allem darum zu zeigen, in welcher Weise die BürgerInnen auf die Kommunikationsangebote reagieren, wie sie auf die politischen Akteure referieren und welchen Wortschatz sie in der Politiker-Bürger-Kommunikation benutzen. Anhand der Nutzungsprofile von Dirk Niebel (FDP) und Sigmar Gabriel (SPD) sowie verschiedener Twitter-Kommunikationen können die Autoren zeigen, dass es *die* Politikaneignung im Netz nicht gibt. Sie stellen heraus, dass

die unterschiedlichen Kommunikationsformen Tweet und Posting sich für verschiedene kommunikative Zwecke eignen und so auch unterschiedlich genutzt werden. So erweist sich Twitter als „geeigneter Plattform für sachbezogene politische Kommunikation“ (S. 129), wohingegen auf Facebook „eher eine Aushandlung von Bürgermeinungen“ (ebd.) stattfindet, die teilweise drastische Formen annimmt, insofern, als die Kommentare bisweilen lediglich zur ungezügeln Politik- und PolitikerInnen-Schelte genutzt werden. Die Beiträge in beiden Formen oszillieren zwischen formell-distanzwahrend und informell-beleidigend, was insbesondere im gewählten Wortschatz seinen Ausdruck findet. Ein in Bezug auf das Thema des Sammelbandes wesentlicher Befund ist, dass die neuen Kommunikationsformen ein geeignetes Mittel für (interessierte) BürgerInnen zur Verfügung stellen, sich – in welcher Form auch immer – öffentlich zu politischen Themen zu äußern. In ihrem Ausblick präsentieren die Autoren – ganz im Sinne einer Angewandten Linguistik – Hinweise auf Möglichkeiten und Wege „zu mehr Dialogizität und Bürgerbeteiligung“ (S. 134). Im letzten Beitrag *Kontextualisierung durch Hashtags. Die Mediatisierung des politischen Sprachgebrauchs im Internet* diskutieren Mark Dang-Anh, Jessica Einspänner und Caja Thimm die durch die Mediatisierung neu eröffneten Optionen diskursiver Partizipation am Beispiel von Twitter. Auf der Grundlage des von den AutorInnen entwickelten funktionalen Ebenenmodells werden Etablierungsmöglichkeiten, Erscheinungsformen und Funktionen von Hashtags vorgestellt und systematisiert. Hashtags dienen in diesem Zusammenhang als eine Form der Verschlagwortung, vor allem als „sprachliche Kontextualisierungshinweise“ (S. 145), die es den Usern ermöglichen, „Diskurse zu verfolgen, an ihnen teilzunehmen, sie zu gestalten, sie umzudeuten, neue Diskurse zu kreieren, aber auch sie zu ignorieren oder zu umgehen“ (S. 156). Auf diese Weise können auch Hashtags zu „öffentlichen Wörtern“ avancieren, was u.a. am Beispiel des Hashtags „#aufschrei“ von den AutorInnen überzeugend gezeigt werden kann.

Die Herausgeber erhoffen sich im Vorwort, dass „dieser Band das Interesse für die Beschäftigung mit den vielfältigen Aspekten des Wortgebrauchs im öffentlich-medialen Diskurs wecken oder vertiefen“ (S. 10) solle. Diesen eher zurückhaltenden Anspruch erfüllt das schmale Bändchen in jedem Fall. Mehr noch: Die LeserInnen erfahren durch die hier vorgestellten (neuen) Ansätze in unterschiedlichen Bereichen, wie, und vor allem mit welchem Ertrag, Wort- und Diskursforschung zu vereinen sind. Somit reiht sich der Band ein in die neueren Arbeiten zur Sprache in Politik und Gesellschaft, deren Anliegen es ist, durch eine diskursorientierte Ausrichtung dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft näher zu kommen. Dass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, die Grenzen einer isolierten Betrachtung auf Wortebene zu überschreiten, zeigen die Beiträge jeweils durch ihre unterschiedlich akzentuierten Herangehens-

weisen. Der Band belegt zudem, und dies wird im wissenschaftlichen Diskurs zuweilen übergangen, dass „Öffentliche Wörter“ nicht nur für die (Polito-)Linguistik, sondern eben auch für die Öffentlichkeit einen herausragenden Bezugspunkt darstellen. Sie bilden sozusagen die Kristallisationspunkte, an denen Diskurse fassbar werden.

Literatur

- Böke, Karin, Frank Liedtke & Martin Wengeler (Hrsg.). 1996. *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Liebert, Wolf-Andreas. 2003. Zu einem dynamischen Konzept von Schlüsselwörtern. *Zeitschrift für Angewandte Linguistik* 38, 57–83.
- Niehr, Thomas. 1993. *Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag.
- Schlosser, Horst Dieter. 2007. Unwort-Kritik als angewandte Linguistik. *Aptum* 3(1), 24–41.
- Stötzel, Georg & Martin Wengeler. 1995. *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York. de Gruyter.
- Strauß, Gerhard, Ulrike Haß & Gisela Harras. 1989. *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Berlin/New York. de Gruyter.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.1515/zfal-2015-0006

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20200604-124446-8

Alle Rechte vorbehalten.

Dieser Beitrag ist mit Zustimmung des Rechteinhabers aufgrund einer (DFG-geförderten) Allianz- bzw. Nationallizenz frei zugänglich.